

Hans-Jürgen Burchardt

## Landwirtschaft und aktuelle Agrarpolitik in Kuba

Die Landwirtschaft Kubas hat historisch immer eine außergewöhnliche Rolle gespielt. Die Agrarexporte von Tabak, Zucker und Kaffee sowie die Sklavenimporte Kubas waren vor mehr als 150 Jahren die wichtigste Achse des Welthandels und gaben der Expansion des Weltmarktes ihren ersten zentralen Impuls. Denn im 18. Jahrhundert wurde mit der Einführung der Plantagenwirtschaft in Kuba ein auf Rohstoffexporten basierendes Wirtschaftsmodell konsolidiert, das gleichzeitig agrarischen und semi-industriellen Charakter hatte und dessen Strukturen nicht nur die Karibikinsel, sondern auch viele Länder der Region beeinflussten. Dieser koloniale Latifundismus benötigte zu seiner Ausdehnung immer mehr billige Arbeitskräfte; er zeichnete sich also einerseits durch einen "chronischen Arbeitskräftemangel" aus, der schließlich durch die Sklaverei gelöst wurde. Andererseits war die Agrarproduktion primär exportorientiert und führte zu einer "Mangelversorgung durch nationale Lebensmittel". Durch dieses latifundistische Akkumulationsmodell wuchs auf der Insel zwar "eine agrarische, aber keineswegs landwirtschaftlich-bäuerliche Wirtschaftsformation" heran, die ihre besten Anbaugelände der Exportproduktion unterordnete und alle wichtigen Güter für die Funktionsfähigkeit des Landes importierte.

Auch in der ersten Hälfte des letzten Jahrhunderts gelang es nicht, diese beiden Strukturdefizite des 400-jährigen kolonialen Erbes zu überwinden. So sah sich die kubanische Revolution von 1959 mit dem Problem konfrontiert, auf die Landfrage, die Beschäftigungspolitik und auf die Importabhängigkeit neue Antworten zu finden. Obwohl sich die Revolutionsführung dieser Herausforderung mit großer Ernsthaftigkeit stellte (Aranda 1968; Valdés 1990), hatte sie nie eine glückliche Hand mit ihrer Landwirtschaft. Nach einer kurzen Etappe der Diversifizierung der Agrarproduktion (1960-1962), die auf Kosten einer Reduzierung der Zuckeranbauflächen stattfand, ging sie zu einer massiven Verstaatlichung des Agrarsektors und einer Priorisierung der Zuckerproduktion über. In zwei Agrarreformen 1959 und 1963 wurden erst die großen Landbesitzungen und später die mittelständischen kubanischen Betriebe enteignet und in großflächige Staatsfarmen umgewandelt (Pino 1999: 42-60). Vor allem mit der zweiten Enteignungswelle wurde aber nicht

nur eine der Revolution teilweise feindlich gesinnte Schicht entmachtet, sondern auch die bäuerliche Produktions- und Handelskultur außerhalb des Latifundismus eliminiert. Unter dem Motto "Je mehr Staatseigentum, desto mehr Sozialismus" waren 1963 fast 70% der Anbaufläche der Insel verstaatlicht und die meisten der dort Beschäftigten Lohnarbeiter. Im Grunde hat es in Kuba darum faktisch nie eine größere Landverteilung gegeben – statt dessen gingen die Landfarmen der Großgrundbesitzer und der nationalen Landbourgeois in die Hände des Staates über. Mit anderen Worten: Auf den kolonialen und "neokolonialen" Latifundismus folgte fast bruchlos ein staatlicher Latifundismus, der sich von seinen Vorgängern allerdings durch seine sozialen Spezifika unterschied (Valdés 1997). Da es im Gegensatz zu anderen sozialistischen Ländern in Kuba aber keine Zwangskollektivierung gab, blieb rund ein Fünftel der landwirtschaftlichen Nutzfläche kleinbäuerlicher Privatbesitz. Während letzterer immer mehr an Bedeutung verlor, begannen die staatlichen Farmen die Landwirtschaft zu dominieren. Es handelte sich hierbei um gigantische Komplexe mit einer Größe bis zu 28.000 Hektar, die den Mittelpunkt einer in den sechziger Jahren eingeleiteten "Agroindustrialisierung" bildeten.

Der Anbau der zentralisierten Agrarflächen wurde hochgradig mechanisiert, die Arbeitsplätze humanisiert. Es drehte sich um eine fordistisch orientierte Rationalisierungsstrategie, die auf dem Einsatz sowjetischer Technologien beruhte: "Dessen sofortige Konsequenz war der Auf- und Ausbau einer kapitalintensiven Landwirtschaft mit jedem Mal gigantischer werdenden Produktionseinheiten unter einer starken vertikalen Verwaltung" (Figueroa 1996: 11). Diese Agrarproduktion orientierte sich weniger an sowjetischen Vorbildern; sie ähnelte mit ihrem intensiven Einsatz von Maschinen, Pestiziden, Düngemitteln etc. sowie ihren großen Anbauflächen eher der hochkapitalisierten US-Agrarindustrie und der "grünen Revolution" Indiens. Sie wies sich aber gleichzeitig als typisch sozialistische, nämlich extensive Produktionsform aus: Produktionssteigerungen konnten meist nur über höhere *inputs* erzielt werden und der Sektor war immer stärker von chronischer Ineffizienz und Wachstumsschwäche gekennzeichnet; die unrentablen Agrarbetriebe verwandelten sich in ein Subventionsgrab des Staates. Trotz enormer Bemühungen erreichte der landwirtschaftliche Pro-Kopf-Ausstoß Kubas erst Anfang der achtziger Jahre wieder das vorrevolutionäre Niveau. Und obwohl zwischen 1960 und 1990 ein Viertel aller auf der Insel getätigten Investitionen in die Landwirtschaft flossen, blieben deren Ergebnisse unterhalb lateinamerikanischer Vergleichsdaten: So liegt z.B. beim

wichtigsten Grundnahrungsmittel Kubas, dem Reis, die Produktivität trotz einer 100%igen Mechanisierung um ein Viertel niedriger als in der Dominikanischen Republik. Solche Defizite spiegeln sich vor allem in der Versorgung wider: Die *libreta*, die schon 1962 eingeführte Lebensmittelrationierung, konnte nie aufgehoben werden und wurde zu einem der Wahrzeichen der Revolution.

Die sozialistische Regierung versuchte, ihre landwirtschaftlichen Misserfolge hauptsächlich durch Importe zu kompensieren. Doch auch diese Politik ging wieder auf Kosten der Landwirtschaft. Denn da der Großteil der Einfuhren mit Zuckerexporten finanziert werden musste, wurden die Anbauflächen für Rohrzucker immer weiter ausgedehnt. 1989 waren nur noch 43% der Agrarproduktion für die nationale Eigenversorgung bestimmt, dies entsprach 0,14 Hektar Anbaufläche pro Kopf. Damit wurde auf der Insel für die eigene Lebensmittelversorgung proportional weniger Fläche kultiviert als in Indien. Seit den achtziger Jahren wurden jährlich rund 50% der Binnennachfrage über Importe gedeckt (Figueras 1994). Kuba wurde in der strategisch wichtigen Ernährungsfrage stark abhängig – eine Bedrohung, die bis heute nicht überwunden ist.

So gelang es der Agrarpolitik der Revolution in ihren ersten dreißig Jahren trotz immensen Subventionierungen und Industrialisierung nicht, die Landwirtschaft der Insel von ihrem unheilsamen Erbe zu befreien und von ihren beiden chronischen Leiden zu heilen: Die Abhängigkeit sowohl von produktiven wie von konsumptiven Importen blieb genauso erhalten wie der Arbeitskräftemangel auf dem Land. Letzterer verschärfte sich sogar weiter, denn während der Revolution hat die Landarbeit deutlich an Prestige verloren und die ländliche Bevölkerung ist auf 25% der Gesamtbevölkerung gesunken.

Als sich Anfang der neunziger Jahre mit dem Zusammenbruch des Sozialismus Kubas Außenhandelskrise anzukündigen begann, wurde eine effiziente Landwirtschaft für die Versorgung der Insel existentiell. Die Regierung sah sich gezwungen, in einem erneuten Versuch die Strukturprobleme ihres Agrarsektors zu bekämpfen und intensivierte ein schon 1989 eingeleitetes landwirtschaftliches Aktionsprogramm, den so genannten *plan alimentario*. Dabei wurden allerdings keine Lehren aus dem Scheitern der bisherigen Agrarpolitik gezogen. Das zentralisierte Produktionssystem wurde nicht reformiert, sondern sogar ausgedehnt – allein zwischen 1989 und 1993 kaufte der Staat rund 10.000 kleinbäuerliche Betriebe auf, der staatliche Landwirtschaftsanteil wuchs auf 83% an (Figueroa 1996). Das Programm sah

hingegen vor, die erwarteten Importverluste mit einer Steigerung der landwirtschaftlichen Produktion durch die Anwendung neuer Techniken und den verstärkten Rückgriff auf Arbeitskräfte zu ersetzen. Doch die ehrgeizigen Ziele des *plan alimentario* ließen sich nicht einmal annähernd realisieren: Die für eine mechanisierte Bearbeitung sehr groß angelegten Anbauflächen konnten mit den wesentlich geringeren Mitteln – die nach offiziellen Angaben ab 1992 auf ein Fünftel der bisherigen Einsatzfaktoren abgesunken waren – nicht ausreichend kultiviert werden. Auch die zentralen Planungsinstanzen waren kaum noch in der Lage, das Kommen und Gehen der Massen und die Verteilung der geernteten Lebensmittel zu koordinieren. So erreichte von der landwirtschaftlichen Produktion erwiesenermaßen nur ein Drittel der Erntemenge auch die staatlichen Läden. Ein Drittel verrottete unterwegs oder ging sonst wie verloren, ein Drittel wurde für den Schwarzmarkt abgezweigt. Vier Jahre nach seinem Beginn musste das Programm als einer der größten Misserfolge der kubanischen Wirtschaftspolitik bezeichnet werden, dessen Ergebnis eine hochsubventionierte Landwirtschaft mit stetig sinkenden Erträgen war. Eine kubanische Untersuchung kam zu dem resignierenden Schluss, dass der produktive *output* des *plan alimentario* nur einem Zwölftel von dem entsprach, was vorher investiert wurde: “Mit dem *plan alimentario* scheiterte der Grundpfeiler der staatlichen Wirtschaftsstrategie im Bereich der Binnenökonomie” (Mesa-Lago 1994: 70).

Dieses Scheitern provozierte eine dramatische Versorgungskrise, die aufgrund der Devisenknappheit der Insel auch nicht mehr über Importe abgefedert werden konnte. Spätestens ab 1993 war die Grundversorgung der Inselbewohner nicht mehr gesichert. Die Bevölkerung konnte einer drohenden Mangelernährung nur noch durch das Ausweichen auf einen Schwarzmarkt entgehen, der ebenso rasch wuchs wie die Unzufriedenheit der Kubaner. Die Zuspitzung der Versorgungslage konnte nur noch durch einen grundlegenden Strukturwandel in der Landwirtschaft entschärft werden. Die Zeit war reif für eine neue Agrarreform.

### 1. Die “Dritte Agrarreform”: vom Scheitern zum Pragmatismus

Am 15. September 1993 leitete die Revolutionsführung mit der Publikation eines “Beschlusses des Politbüros des ZK der Kommunistischen Partei Kubas” ein neues Kapitel in der Agrargeschichte Kubas ein. Dort wurde angekündigt, dass die Anbauflächen der Zucker- und der Agrarbetriebe in überschaubare Einheiten aufgeteilt und unbefristet an selbstverwaltete Kooperativen, so genannte *unidades básicas de producción cooperativa*, kurz

UBPCs, verpachtet werden. Fidel Castro begründete die bisher weitreichendste Binnenreform des Transformationsprozesses damit, dass “der Staat mit den großen Agrarbetrieben keinen Erfolg hatte” (*Granma* 1993). Mit dieser gelegentlich als “Dritte Agrarreform” bezeichneten Maßnahme fand in Kuba mit mehr als dreißigjähriger Verspätung eine erste größere Dezentralisierung statt. Der Kooperativierungsprozess wurde angesichts der Versorgungskrise vehement vorangetrieben und war schon 1996 beendet – seitdem kontrollieren die Kooperativen in Kuba insgesamt “42% der Anbauflächen, 90% der Zuckerproduktion und 60% der landwirtschaftlichen Produktion” (Valdés 1997: 185).

Die Regierung wollte mit dieser Dezentralisierung einige der bisherigen Fehlentwicklungen auf dem Lande korrigieren. Konkrete Ziele waren eine signifikante Erhöhung der Agrarproduktion, eine Reduzierung der Produktionskosten, die Eingliederung neuer Produzenten in der Landwirtschaft, die Stabilisierung der Arbeitskräftefluktuation, die Verbesserung des ländlichen Lebensstandards durch Wohnbaumaßnahmen und eine Expansion der sozialen Dienste sowie der Subventionsabbau im Agrarsektor. Grundsätzlich sollten die kleineren Anbauflächen dem gesunkenen Einsatz der Ressourcen gerechter werden und Innovationen und Arbeitsleistung als produktivitätssteigernde Kräfte betonen.<sup>1</sup> Dadurch sollte die Lebensmittelproduktion spürbar angehoben werden und die Importsubstitution letztendlich doch noch zum Tragen kommen. Zusätzlich hatte die Kooperativierung eine wichtige politische Bedeutung. Da sie z.B. ca. 10% der Bevölkerung direkt begünstigte, stabilisierte sie gleichzeitig die Legitimationsbasis der Regierung.

Da die Mitglieder der Kooperativen formal die Nutzung ihrer Landgüter zum großen Teil autonom gestalten können, wurden sie zu den neuen Landbesitzern Kubas: “Die gigantischen Staatsbetriebe wurden im Grunde privatisiert” (Deere 1994: 3). Die Kooperativen haben über alle Produktionsmittel, die sie kaufen und über staatliche Kredite finanzieren, über die eigene Arbeitsorganisation wie auch über die Beschäftigungspolitik ein volles Selbstbestimmungsrecht. Gleichzeitig wurden die Entscheidungsstrukturen innerhalb der Kooperativen demokratisiert.

---

<sup>1</sup> Die den Kooperativen dabei zugeschriebene Funktion “der bestmöglichen Nutzung und Bewahrung des verfügbaren Landes, [...] da sie Eigentümer der Produktion werden”, hat eine ungewollt verräterische Note, gesteht sie nicht nur die vorherige Ineffizienz der Produktion ein, sondern lässt zudem darauf schließen, dass die Arbeitnehmer im Tropensozialismus bisher gar nicht Eigentümer ihrer Produktionsmittel gewesen sind.

Im Widerspruch zu diesen neuen Freiräumen hat es sich der kubanische Staat vorbehalten, das letzte Wort über die neuen Kooperativen zu sprechen. Mit dem Recht "der Auflösung jeder UBPC [...] aufgrund von der Regierung festgelegter Interessen" (*Gaceta Oficial de Cuba* 1993: 2) behält sich der Staat starke Interventionsmöglichkeiten vor, die nicht an genaue Kriterien gebunden sind, jederzeit angewendet werden können und wie eine unausgesprochene Drohung im Raum stehen. Weitere wichtige Begrenzungen der kooperativen Autonomie bestehen im staatlichen Weisungsrecht über die Wahl der anzubauenden Agrarkulturen und im staatlichen Monopol über Vermarktung und Preise. Die den Kooperativen vorgeordnete Instanz ist die noch mächtige Verwaltung der ehemaligen Staatsbetriebe; die Allokation und die Kommerzialisierung wird hauptsächlich vom Agrarministerium (MINAGRI) kontrolliert. So waren die Kooperativen bis im Oktober 1994 gezwungen, ihre gesamte Produktion zu staatlichen Niedrigpreisen zu verkaufen. In jenem Monat wurden die Absatzmöglichkeiten der UBPCs leicht erweitert, denn die "Dritte Agrarreform" wurde um die Implementierung von freien Bauernmärkten ergänzt, den so genannten *mercados agropecuarios*, die als eine Weiterführung des Dezentalisierungsprozesses im Agrarsektor angesehen werden können. Auf diesen Märkten dürfen die Kooperativen die nach Erfüllung des Plans überschüssige Produktion zu freien Preisen verkaufen (Carriazo 1994: 14-29).

Aufgrund des Spannungsfeldes zwischen staatlicher Intervention und kooperativer Autonomie sind die UBPCs im Grunde ein Mischsystem, das mit Blick auf die Unternehmensführung, Allokation, Kommerzialisierung, etc. als Hybridsystem zwischen Staatsbetrieb und wirklicher Kooperative bezeichnet werden muss (Rodríguez 1999: 61-81). Dementsprechend sind die bisherigen Ergebnisse der Kooperativen unbefriedigend: Nach aktuellen Schätzungen arbeiteten auch Ende 1999 über die Hälfte der UBPCs immer noch unproduktiv und müssen durch Bank-Kredite und Subventionen über Wasser gehalten werden. Auch bis heute ist es nicht zu einer Stabilisierung der Lebensmittelproduktion in Kuba gekommen. Zu den größten Defiziten des kubanischen Kooperativismus gehören niedrige Rentabilität, hohe Monopolpreise für staatliche Einsatzgüter und Dienstleistungen, niedrige Absatzpreise und fehlende Einkommensanreize, geringe Arbeitsproduktivität und Qualität beim Betreuen der Agrarkulturen, hohe Ernteverluste etc. Die kubanische Wochenzeitschrift *Bohemia* fasste diese Entwicklungen einmal treffend zusammen: "Ein existentieller Alptraum bedroht die UBPCs. Seit ihrer Existenz haben sie mehr Zweifel als Bäume genährt."

## **2. Kooperativismus ohne Kooperativen**

Die Gründe für die Anlaufschwierigkeiten der "Dritten Agrarreform" Kubas sind vielfältig und sowohl konjunktureller, soziokultureller als auch struktureller Natur. "Konjunkturell" sind die Probleme, die ein Wandel von einer mechanisierten und fremdverwalteten in eine arbeitsintensive und selbstverwaltete Produktionsweise immer verursacht und die einen mehrjährigen Erfahrungs- und Konsolidierungsprozess nötig machen. Dazu gehört z.B., dass mehr als 60% der UBPC-Führer nicht über die nötigen Kenntnisse von betriebswirtschaftlicher Lenkung verfügen. Zusätzlich gibt es immer noch eine ausgeprägte Bevormundung der staatlichen Verwaltung gegenüber der kooperativen Autonomie. Hier spielt nicht nur das Verhalten zwischen Staat und Kooperative eine Rolle. Schließlich erfolgte die Kooperativierung auf Regierungsbeschluss, war also ein von oben vorbestimmter Prozess und keine von unten evolutionär und organisch wachsende Entwicklung. Für einen schnellen Erfolg wäre eine rasche Veränderung der Verhaltensmuster aller Akteure nötig gewesen, die kaum gelingen konnte. Viele Funktionäre verhalten sich immer noch autoritär und versuchen, ihre alten Vollmachten auszuüben.

Das zentrale "soziokulturelle" Problem besteht darin, dass sich viele Kooperativmitglieder weiterhin als Arbeiter und nicht als Unternehmer verstehen. Da in der ersten und besonders in der zweiten Agrarreform die bäuerliche Kultur und Produktionsweise fast völlig eliminiert wurden, waren die meisten ländlichen Erwerbstätigen der Insel bis zur "Dritten Agrarreform" lohnabhängige Arbeiter mit einer relativ hohen technischen Spezialisierung und Arbeitsteilung. Untersuchungen haben gezeigt, dass sie bis jetzt weder in der Lage waren, ein Verständnis für Selbstverwaltung aufzubringen, noch ein Bewusstsein für die in Kuba heute notwendigen ökonomisch rationalen und arbeitsintensiven Produktionsweisen zu entwickeln. Vielmehr hat eine nennenswerte Anzahl von Kooperativmitgliedern bisher erstens keinen Sinn für das Kooperativeigentum entwickelt, sieht zweitens wenige Verbindungen zwischen ihren persönlichen Lebenserwartungen und den wirtschaftlichen Ergebnissen ihrer Kooperative, schätzt drittens die Chancen auf Verwirklichung ihrer persönlichen Wünsche durch die Arbeit in der Kooperative als gering ein und verfügt viertens selten über ein ökonomisches Bewusstsein. Diese "soziokulturellen Blockaden" werden durch den hohen Urbanisierungsgrad der Insel naturgemäß noch verstärkt: Die Bereitschaft, städtische Zonen freiwillig zu verlassen und sich wieder auf dem Land anzusiedeln, ist



bei den wenig attraktiven Bedingungen, die die kubanische Landwirtschaft bis heute bietet, verständlicherweise sehr gering.

Die zentralen Probleme der bisherigen Kooperativierung sind aber "struktureller" Art. Hierbei handelt es sich einmal um die staatliche Preispolitik (Bu Wong 1996; González 1998: 4-29). Der Staat kauft die Produkte der UBPCs zu Niedrigpreisen auf, um damit seine Lebensmittelrationierungen in den Städten zu sichern. Die kubanischen Kooperativen ereilt damit das gleiche Schicksal vieler Bauern in der so genannten "Dritten Welt": Aufgrund der schlechten Bezahlung für ihre Produkte subventionieren sie indirekt die Lebensmittelversorgung der Stadtbevölkerung. Das ursprüngliche Ziel bei der Gründung der UBPCs, die Arbeit zu intensivieren und so die Produktivität zu erhöhen, wird von solchen schiefen Verhältnismäßigkeiten augenscheinlich unterminiert. Erschwerend kommt hier noch die ausbleibende Unterstützung von Infrastrukturmaßnahmen dazu, die den Kooperativen den Zugang zu den Bauernmärkten erschließen würde, wie z.B. durch Transport- und Vermarktungshilfen. So ist es vielen UBPCs kaum möglich, zu dieser lukrativen Einkommensquelle aufzuschließen. Ein weiteres strukturelles Problem für die UBPCs ist das Fehlen einer eigenen Interessenvertretung: Die Kooperativmitglieder sind im kubanischen Gewerkschaftsbund CTC organisiert und werden vom Landwirtschaftsministerium verwaltet. Sie haben keine Möglichkeiten eines selbst organisierten Erfahrungsaustausches, ganz zu schweigen von gemeinsamen politischen Stellungnahmen oder gar einer Vertretung in der Öffentlichkeit.

Alle diese und weitere Kritikpunkte werden mittlerweile von verschiedenen Spezialisten offen benannt und diskutiert (Burchardt 2000; EER 1998). Für viele von ihnen ist der Kooperativierungsprozess auf halbem Wege steckengeblieben. Er hat nur die Basis der Produktion reformiert, die kontraproduktiven Rahmenbedingungen aber im vollen Umfang erhalten. Da die Verkoppelung von Produktivität und Einkommen dank der staatlichen Niedrigpreispolitik weiter auf sich warten lässt, ist für sie auch die bisherige Erfolglosigkeit der "Dritten Agrarreform" kein Rätsel: Ohne materielle Anreize entsteht kein Interesse an Produktionssteigerungen. Die ehemals staatliche Landwirtschaft bleibt eines der am wenigsten attraktiven Arbeitsfelder der Insel – in der jetzt schwerer gearbeitet und weniger verdient wird. Dennoch besteht kein Zweifel, dass der Landwirtschaft Kubas Priorität eingeräumt werden müsste:

Ohne eine Wiederbelebung der Landwirtschaft sowohl für die Binnennachfrage als auch für den Agrarexport und ohne ihre Wirtschaftlichkeit kann man in Ku-



ba weder von einer Überwindung der wirtschaftlichen Krise noch von einer wirklichen Sanierung der internen Finanzen sprechen [...]. Die Basiselemente einer neuen Agrarreform sind die Diversifizierung der ökonomischen Produktionsformen und die der Produzenten, die Verkleinerung der Produktionseinheiten, die Einführung und Generalisierung einer wenig kapital- und stark arbeitsintensiven Landwirtschaft, die Öffnung von Märkten und die Schaffung von neuen Anreizen, um die Masse der ländlichen Arbeitskraft zu stabilisieren und zu vergrößern. Die Autonomie sowie die partizipative und finanzielle Selbstverwaltung sind in der Landwirtschaft dabei zentral für Rationalisierungen und für das Erreichen von Rentabilität. Dies wäre grundsätzlich der Königsweg, um die beiden größten Probleme des Landes zu lösen: das Ernährungsproblem und die Devisenknappheit (Figueroa 1996: 18-19).

Eine Importsubstitution bei Lebensmitteln, die durch strukturellen Wandel – also relativ kostenneutral – möglich ist, könnte durch die Freisetzung jetzt gebundener Devisen die Investitionskapazität der Insel ohne Mehreinnahmen erheblich erhöhen. Sie würde mit der Sicherung der Versorgungslage die Basis für eine langfristige Entwicklung schaffen. Die Existenz einer noch vorhandenen kleinbäuerlichen Landwirtschaft begünstigt eine solche Strategie und mit der Kooperativierung des Agrarsektors wurde ein weiterer wichtiger Schritt in diese Richtung vollzogen: Die neuen Kooperativen könnten zum entscheidenden Träger der kubanischen Wirtschaftsentwicklung werden.

Um diese Potentiale sinnvoll zu nutzen, ist auf der Insel jetzt eine radikale Umorientierung der Agrarpolitik nötig. Dazu zählten nach Auffassung kubanischer Agrarspezialisten einmal die schrittweise Abschaffung der staatlichen Niedrigpreise und die Umschichtung von Lebensmittelsubventionen auf direkte Einkommensbeihilfen. Weiterhin ist der Aufbau einer Infrastruktur nötig, die den UBPCs das Tor zu den Binnenmärkten weit aufstößt. Zu der wirtschaftlichen Selbstverwaltung zählten zusätzlich auch eine partielle Entscheidungsautonomie über Kooperationsabkommen mit dem Ausland sowie die Möglichkeit einer exportorientierten Produktion und Vermarktung durch eine weitere Einschränkung des staatlichen Außenhandelsmonopols. Nicht zuletzt muss überlegt werden, ob es den Kooperativen nicht erlaubt wird, in begrenztem Umfang staatliches Land aufzukaufen, um erwirtschaftete Gelder in der Landwirtschaft selbst zu binden. Die in Kuba sensibel behandelte Eigentumsfrage stellt sich aber nicht nur aus diesem Grund. Gerade die Lehren des jugoslawischen Modells der Selbstverwaltung haben gezeigt, dass das alleinige Nutzungsrecht an Produktionsmitteln (Besitz) der vollen Verfügungsgewalt (Eigentum) unterlegen sein kann. Auch hier ist ein Revisionsbedarf der bisherigen Kollektivierungsstrategie vonnöten, der auf

die Überlegung hinausläuft, ob die ländlichen Produktionsgenossenschaften nicht auch Eigentümer ihres Landes werden könnten. Gleichzeitig ist eine größere politische Autonomie der Kooperativen erforderlich. Selbstbestimmung und demokratische Lenkung sind entscheidende Schlüssel für den Erfolg des UBPC-Modells. Wenn kollektiven Besitzern ihre eigene Autonomie und Besitzern, die gleiche unter gleichen sind, demokratische Mitbestimmung fehlt, funktioniert der Kooperativismus nicht. Hier sind einmal der weitere Rückzug des Staates, mehr Rechtssicherheit und der Aufbau eigener Organisationsstrukturen gefragt, was letztendlich in eine breite öffentliche Kultur des Kooperativismus münden müsste. Denn der neue Kooperativierungsprozess darf sich nicht nur an ökonomischen Effizienzkriterien orientieren, sondern muss auch politisch gefördert werden, indem "Selbstverwaltung als alternativer Weg der Sozialisierung" (Valdés 1997: 203) propagiert wird. Eine Schlüsselposition haben hier die Beziehungen zwischen den UBPCs als selbstverwaltete Betriebe und den Kommunen als Gemeindeverwaltung, die zu neuen *local economies* heranwachsen und die Keimzelle einer neuen Demokratisierung der kubanischen Gesellschaft und Wirtschaft sein könnten (Dilla 1996).

Ob der kubanischen Regierung die Reformanforderungen ihrer "Dritten Agrarreform" bewusst sind, ist bis heute nicht auszumachen. In der politischen Praxis beharrt die Regierung auf moralischen Appellen. Den Forderungen der kubanischen Wissenschaft nach einer Aufhebung des Niedrigpreissystems wird entgegengesetzt, dass die Kooperativen schon funktionieren werden, wenn die Bauern erst kollektives Bewusstsein und Gemeinschaftssinn entwickelt hätten. Ein kubanischer Agrarsoziologe antwortete hierauf einmal stellvertretend für viele seiner Kollegen: Wer will, dass die Bauern kooperativen Geist entwickeln, muss erst dafür sorgen, dass sie in echten Kooperativen arbeiten.

## Literaturverzeichnis

- Aranda, Sergio (1968): *La revolución agraria en Cuba*. Mexiko, Siglo XXI.
- Bu Wong, Angel (1996): "Las UBPC y su necesario perfeccionamiento". In: *Cuba: Investigación Económica*, Nr. 2, S. 15-43.
- Burchardt, Hans-Jürgen (Hrsg.) (2000): *La última reforma agraria del siglo*. Caracas: Nueva Sociedad.
- Carriazo Moreno, George (1994): "Cambios estructurales en la agricultura cubana: la cooperativización". In: *Economía Cubana – Boletín Informativo*, Nr. 18, S. 14-29.
- Deere, Carmen Diana (1994): "Implicaciones agrícolas del comercio cubano". In: *Economía Cubana – Boletín Informativo*, Nr. 18, S. 3-14.
- Dilla, Haroldo (Hrsg.) (1996): *La participación en Cuba*. Havanna: Centro de Estudios sobre América.
- EER (Equipo de Estudios Rurales) (Hrsg.) (1998): *UBPC – desarrollo rural y participación social*. Havanna.
- Figueras, Miguel (1994): *Aspectos estructurales de la economía cubana*. Havanna: Editorial de Ciencias Sociales.
- Figuroa, Victor (1996): "El nuevo modelo agrario en Cuba bajo los marcos de la reforma económica". In: Equipo de Estudios Rurales (EER): *UBPC – desarrollo rural y participación*, Havanna, S. 1-45.
- Gaceta Oficial de la República de Cuba* (1993): "Decreto-Ley 142 del Consejo de Estado. Sobre las unidades básicas de producción cooperativa", Nr. 6, 21.9.1993.
- González Gutiérrez, Alfredo (1998): "Economía y sociedad: los retos del modelo". In: *Temas*, Nr. 11, S. 4-29.
- Mesa-Lago, Carmelo (1994): "Ist Kuba auf dem Weg zur Marktwirtschaft? Probleme und Perspektiven der kubanischen Wirtschaftsreform". In: Hoffmann, Bert (Hrsg.): *Wirtschaftsreformen in Kuba. Konturen einer Debatte*. Frankfurt/M.: Vervuert, S. 67-103.
- Pino Santos, Oscar (1999): "La Ley de la reforma agraria de 1959 y el fin de las oligarquías en Cuba". In: *Temas*, Nr. 16-17, S. 42-60.
- Rodríguez Castellón, Santiago (1999): "La evolución del sector agropecuario en los noventa". In: *Balance de la economía cubana a finales de los 90. Informe anual del Centro de Estudios de la Economía Cubana*. Havanna, S. 61-81.
- Valdés, Orlando (1990): *La socialización de la tierra en Cuba*. Havanna: Editorial de Ciencias Sociales.
- Valdés Paz, Juan (1997): *Procesos agrarios en Cuba 1959-1995*. Havanna: Editorial de Ciencias Sociales.